Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6778**

16. Wahlperiode 24. 10. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Dr. Norman Paech, Hüseyin-Kenan Aydin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/5141 –

Abschiebestopp und Schutz für Flüchtlinge aus Afghanistan

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE. verweist in ihrem Antrag darauf, dass sich die Sicherheitslage in Afghanistan stetig verschlechtere. Es sei unverantwortlich, dass Flüchtlinge in dieses Land, in dem bürgerkriegsähnliche Zustände herrschten, abgeschoben würden. Vor diesem Hintergrund soll die Bundesregierung mit dem Antrag insbesondere aufgefordert werden, sich gegenüber den Bundesländern für eine Aussetzung der Abschiebungen von Flüchtlingen aus Afghanistan gemäß § 60a Abs. 1 AufenthG einzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/5141 abzulehnen.

Berlin, den 10. Oktober 2007

Der Innenausschuss

Sebastian Edathy Vorsitzender	**Reinhard Grindel** Berichterstatter	**Rüdiger Veit** Berichterstatter	**Hartfrid Wolff (Rems-Murr)** Berichterstatter
	Sevim Dağdelen Berichterstatter	**Josef Philip Winkler** Berichterstatter	

Bericht der Abgeordneten Reinhard Grindel, Rüdiger Veit, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Sevim Dağdelen und Josef Philip Winkler

I. Zum Verfahren

1. Überweisung

Der Antrag der **Fraktion DIE LINKE.** auf Drucksache 16/5141 wurde in der 94. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. April 2007 an den Innenausschuss federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur Mitberatung überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 42. Sitzung am 23. Mai 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 39. Sitzung am 4. Juli 2007 mit den Stimmen der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP in Abwesenheit der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ohne Abstimmungsbeteiligung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags empfohlen.

3. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/5141 in seiner 50. Sitzung am 10. Oktober 2007 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, ihn abzulehnen. Den Beratungen lag auf Ausschussdrucksache 16(4)245 ein Bericht des Bundesministeriums des Innern zugrunde, der über die derzeit und in den vergangenen Jahren erfolgten Abschiebungen afghanischer Staatsangehöriger, über die Entscheidungspraxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und den Beratungsstand der Länderinnenministerkonferenz (IMK) eingehend informiert.

II. Zur Begründung

Die **Fraktion DIE LINKE.** legt dar, dass die Sicherheitslage in Afghanistan noch immer schlecht sei, sich seit dem Jahr 2006 auch noch verschlechtert habe. Auch die Menschenrechtslage – insbesondere auch für Frauen – gebe noch immer Anlass zu großer Sorge. Der Bundesregierung obliege daher die Pflicht, Schutzsuchenden Schutz zu gewähren, indem Abschiebungen in dieses von Gewalt geprägte Land ausnahmslos, d. h. auch in Bezug auf die Abschiebung von Straftätern, ausgesetzt würden.

Die **Fraktion der FDP** spricht sich für eine differenzierte Betrachtung der Thematik der Aussetzung der Abschiebung von Flüchtlingen nach Afghanistan aus. Auf Grund der generellen Form des Antrags der Fraktion DIE LINKE. könne dieser nicht mitgetragen werden. Demgemäß enthalte sich die Fraktion der FDP der Stimme.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begrüßt die Hauptforderung des Antrags der Fraktion DIE LINKE. nach einer grundsätzlichen Aussetzung der Abschiebung von Flüchtlingen nach Afghanistan. Entsprechend stimme sie diesem zu.

Die **Koalitionsfraktionen** der CDU/CSU und SPD verweisen auf die schwierige und ernste Lage in Afghanistan, sehen hinsichtlich der Verletzung von Menschenrechten aber eine Verbesserung der Situation und verweisen diesbezüglich beispielhaft auf die geschaffenen Möglichkeiten des Zugangs von Frauen zu Bildungseinrichtungen. Zudem gehe das BAMF bei der Prüfung einzelfallbezogen und mit Augenmaß vor. Sie verweisen ferner auf die IMK-Beschlusslage zur Rückführung nach Afghanistan. Die Koalitionsfraktionen lehnen demnach den Antrag ab.

Berlin, den 10. Oktober 2007

Reinhard Grindel Berichterstatter	**Rüdiger Veit** Berichterstatter	**Hartfrid Wolff (Rems-Murr)** Berichterstatter
Sevim Dağdelen Berichterstatter	**Josef Philip Winkler** Berichterstatter	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333